

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 24.07.2018

Interview: Luciano Melis

26.07.2018

«Wir erleben eine kapitalistische Zivilisationskrise»
Italiens Regierung will angeblich für »Würde« in der Arbeitswelt sorgen. Migranten werden ausgeschlossen. Ein Gespräch mit Sergio Cararo



»Die Armen zuerst«: Protestbanner gegen Räumungen (Basilica des Santi Apostoli, Rom, 29. Januar 2018)

Foto: Tony Gentile/Reuters

Die neue Regierung der rechten Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) hat ein »Dekret Würde« verfasst. Wird damit wirklich, wie angekündigt, Prekarität bekämpft und für anständige Beschäftigungsverhältnisse gesorgt?

Das »decreto dignità« von Arbeitsminister Luigi Di Maio von M5S enthält durchaus interessante Vorschläge, geht aber insgesamt in die falsche Richtung. Bessere Bedingungen sollen nur für Italiener geschaffen werden. Vorgeschlagen werden unter anderem strengere Regeln für befristete Arbeitsverträge. Die liberalen Parteien PD und Forza Italia sowie die Unternehmerverbände kritisieren das Dekret, weil es die völlige Deregulierung der Arbeitskraft begrenzen würde, die die Bosse dem von Exregierungschef Matteo Renzi und seiner Demokratischen Partei (PD) initiierten Jobs Act und anderen Gesetzen verdanken.

Ein zentraler Punkt unter den Wahlversprechen der größten Regierungspartei M5S war die Einführung eines Bürgergeldes, um die Armut zu verringern. Sind die Gelder vorhanden, um das in die Tat umzusetzen?

Das Problem ist nicht nur und nicht so sehr das Geld. Die Mittel für die Wohlfahrt sind im Grunde niemals vorhanden, weil man sie wegen der Auflagen für den Staatshaushalt für Zinszahlungen für die öffentliche Verschuldung verwenden oder den Unternehmen Geldgeschenke machen muss. Abgesehen davon ähnelt die von der M5S präsentierte Bürgergeldidee stark den deutschen Hartz-Reformen, die Armut und Arbeitslosigkeit nicht beseitigt haben.

Wie stehen Sie zur Asyl- und Einwanderungspolitik von Innenminister und Lega-Chef Matteo Salvini?

Wir erleben eine kapitalistische Zivilisationskrise. Die erhabenen Werte, die in der westlichen Rhetorik bislang hochgehalten wurden, werden liquidiert. Das Leben eines »Negers« ist wieder weniger wert oder sogar gar nichts. Genauso wie das eines Zigeuners, eines Moslems, eines Obdachlosen. Salvini hat mit Rassismus bei den Wahlen Erfolg gehabt und vor allem beim durch die Krise verarmten und wütenden Kleinbürgertum, aber auch bei Teilen der Arbeiterklasse und der Unterschicht gepunktet.

Viele Beobachter der Mainstreammedien sehen in der Bildung dieser »Populistenregierung« in Italien eine Bedrohung für die EU. Haben sie recht?

In Wirklichkeit hat sich diese Regierung den Diktaten der Europäischen Union sofort gebeugt. Sie hat akzeptiert, dass der eigentlich vorgesehene Finanzminister ausgetauscht wird, weil er gegen den Euro war. Die Regierung haut nur dann mit der Faust auf den Tisch, wenn es um die Migranten geht. Bei wirtschaftlichen und sozialen Themen war sie auch auf dem letzten EU-Gipfel ganz still. Alle im Wahlkampf angekündigten Bestrebungen, das Verhältnis zu Brüssel zu verändern, sind auf der Strecke geblieben.

Man kann sagen, dass der Euro-Nationalismus der Eliten auch den Rechtspopulismus wirkungsvoll absorbiert.

Wie entwickelt sich der Widerstand gegen die Regierung? Reicht »die Einheit der Menschen guten Willens«, wie von der Vorsitzenden des Antifaschistischen Partisanenverbandes ANPI, Carla Nespolo, gefordert?

Mit Sicherheit nicht. Der liberale Antirassismus ist ebenso wirkungslos wie die antifaschistischen Appelle, die von der Demokratischen Partei (PD) kommen. Notwendig ist es, Antirassismus und soziale Frage zu verbinden und an der Etablierung eines neuen Massenwiderstandes zu arbeiten. Wir haben am 16. Juni in Form einer gewerkschaftlichen und politischen Großdemonstration in Rom damit begonnen. Arbeiter und Migranten, Jugendliche und Bewohner der vernachlässigten Viertel sind in Rom zusammen auf die Straße gegangen. Grundlage war eine soziale und politische Plattform, die die unteren Schichten anspricht.

Es bedarf einer frontalen Opposition zur Regierung, bei der man sich bewusst von den Linksliberalen abgrenzt, die zur sozialen Aktion unfähig sind, aber gern in die Schaltzentralen der Macht zurückkehren würden.